

Erscheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 Mk., fürs  
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

# Sattler

Inserate kosten 30 Pfennig pro  
3gepaltene Petitzeile.  
Bei Wiederholungen entsprechen-  
der Rabatt.

# und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Cedernwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 7 :. 32. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräden-  
straße 10b :. Telephon: Amt Morikplatz, 2120

Berlin, den 15. Februar 1918

**Inhalt.** Beitragsleistung. — Technik und Arbeiter. —  
Förderung des Lehrlingswesens. — Bereitstellung von Reichs-  
mitteln für die Entschädigung infolge Kohlenmangels fern-  
wärtiger Arbeiter. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Sterbe-  
tafel. — Anzeigen.

Für die Woche vom 17. bis 23. Februar  
1918 ist der 8. Wochenbeitrag fällig. Nur  
wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche  
Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert  
sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unter-  
stützung aus Verbandsmitteln.

## Technik und Arbeiter.

Zur Erzeugung der nächstwertigsten Existenz-  
mittel, zur Ernährung, zum Schutz gegen die Un-  
bilden der Witterung und Abwehr der Raubtiere ist  
schon der Urnen Mensch durch seine Sinnesorgane zu  
einer gewissen Handfertigkeit und Uebung seiner  
Glieder geädert worden. Um sich zu verteidigen  
oder die Schale von den wilden Früchten zu ent-  
fernen, genügt die muskulöse Kraft, die Hand, die  
Faust nicht immer allein, er erkannte, daß die zu-  
sammengebaltene Hand durch die Umfassung eines  
Steines zum Schlag, Schneiden usw. eine Verstär-  
kung erfährt; die Hand wurde dadurch zu einem tech-  
nischen Hilfsmittel oder Werkzeug: zum Hammer,  
zur Axt oder auch zur Steinäxe. Die Technik ist  
mit dem Leben und der kulturellen Entwicklung des  
Menschentums eng verbunden; wobei von dem ein-  
fachen Gerät bis zur Dynamomaschine und den mo-  
dernen Feuerwaffen ein weiter Weg zurückgelegt  
wurde. Wenn in diesem Zusammenhang die Technik  
oft als eine Kunstfertigkeit bei der Erzeugung von  
Produkten erklärt wird, so ist begrifflich nur sehr  
wenig damit gesagt. Wie bei dem Urnen Menschen, so  
wird auch fortlaufend bis zur Zivilisation der so-  
genannte Instinkt dabei mitgewirkt haben. Der  
Instinkt ist aber nichts anderes als eine Summe  
nützlicher Erfahrungen, die sich im Laufe der Zeit  
anhäuft und schließlich von Generation zu Generation  
vererbt hat, also gewissermaßen das in Fleisch und  
Blut übergegangene Gedächtnis, das aber auch beim  
Eintreten neuer Verhältnisse versagen kann. Die  
großartige Leistungsfähigkeit der Handwerker des  
Mittelalters, als die Vorläufer der Manufaktur-  
periode mit der Teilung der Arbeit, ist auf eine  
handlichere Uebung, verbunden mit einem natür-  
lichen Nachahmungstrieb und Schönheitsempfinden,  
zurückzuführen, wobei auch die praktischen Erfah-  
rungen einen weiteren Ausbau erhielten. Das tech-  
nische Denken umfaßt deshalb, theoretisch betrachtet,  
das Schauen und Beobachten der uns umgebenden  
Natur, sie gibt uns die Anregungen und Vorbilder.  
Die Natur ist die große Lehrmeisterin der wissen-  
schaftlichen Technik. Die Kenntnis der Naturkräfte  
und die Gesetzmäßigkeit der unter ihrem Einfluß sich  
abspielenden Vorgänge sind die Grundlagen der  
wissenschaftlichen Technik und Forschung.

In gleichmäßiger Richtung mit der Entwicklung  
der Naturwissenschaft geht das Fortschreiten der  
Mathematik, der Physik und Chemie, wozu im weite-  
ren die Mechanik, die Wissenschaft von den Gesetzen  
des Gleichgewichts (Statik) und der Bewegung der  
Körper (Dynamik) in Betracht kommt. In Be-  
ziehung zur Mechanik steht die Energie, gleich Ar-  
beitsfähigkeit oder Arbeitsvermögen. Die Er-  
kenntnis besagt in Uebereinstimmung mit der Er-  
fahrung, daß durch eine gewisse Arbeit eine gleich

große lebendige Kraft erzeugt und andererseits, daß  
durch eine gewisse lebendige Kraft eine gleich große  
Arbeit geleistet werden kann, wonach wir in der  
lebendigen Kraft eine erste Ursache von mechanischer  
Arbeit haben. Dieses von Robert Meyer im Jahre  
1842 aufgestellte Prinzip wurde 1847 von Hermann  
Helmholtz mathematisch begründet, der dadurch die  
mechanische Wärmetheorie erweiterte. Die Mathe-  
matik, die Größenlehre (durch Raum- und Zahlen-  
größen), ist einer der Hauptpfeiler der Technik.  
Helmholtz begründete, daß nach dem Gesetz von der  
Erhaltung der Kraft der Vorrat an Arbeitsvermögen  
oder Energie in seiner Gesamtmenge, die irgendwo  
verloren geht, an einer anderen Stelle wieder er-  
scheinen muß. Dabei sind mechanische Wärme, Licht,  
Elektrizität, Magnetismus und chemische Arbeits-  
vorgänge lediglich verschiedene Erscheinungsformen  
des Weltalls, die gegeneinander umgekehrt werden.  
So wird beispielsweise Wärme in mechanische Arbeit  
umgekehrt, durch die Dynamomaschine mechanische  
Arbeit in Elektrizität, welche sich wieder in Licht,  
Wärme, Magnetismus und in chemische Vorgänge  
oder in mechanische Arbeit umwandeln läßt. Das-  
selbe läßt sich sehr naheliegender auch von der Dampf-  
maschine sagen, wodurch das Heizmaterial, der  
Dampf, als Kraftfaktor zur mechanischen Arbeit er-  
zeugt wird. Durch die sich fortsetzende erweiterte  
Kenntnis der natürlichen Kräfte und Stoffe, vereinigt  
die Technologie im sich das theoretische und  
praktische Können, bei der Produktion von Ver-  
brauchsgegenständen. Wobei im weiteren vom  
Mittelalter bis zur jetzigen Zeit durch Förderung  
der technischen Bildung und besonders im 19. Jahr-  
hundert durch die technischen Mittel- und Hoch-  
schulen, technische Versuchs- und Prüfungsanstalten,  
das speziellere konstruktive Wissen oder die Kon-  
struktionslehre, wie zur Maschinen- und Bautechnik,  
bis zur Technik der feinsten Präzisionswerke ent-  
wickelt wurde. Zu dem geschichtlichen Werdegang  
der Maschinentechnik gibt auch Karl Marx in seinem  
„Kapital“ einige wertvolle Ausführungen; es  
heißt da:

„Die Manufakturperiode, welche Verminderung  
der Warenproduktions notwendigen Arbeitszeit  
bald als bewußtes Prinzip ausspricht, entwickelt  
sporadisch (einzeln, zerstreut) auch den Gebrauch  
von Maschinen, namentlich für gewisse einfache erd-  
prozesse, die massenhaft und mit großem Kraft-  
aufwand auszuführen sind. So zum Beispiel in der  
Papiermanufaktur des Zermalmen der Lumpen  
durch Papiermühlen und in der Verhüttung von Me-  
tallen das Zerstoßen der Erze durch sogenannte  
Pochmühlen. Die ursprünglicher Form aller Ma-  
schinerie hatte das römische Kaiserreich überliefert  
in der Wassermühle. Die Handwerksperiode ver-  
machte die großen Erfindungen des Kompasses, des  
Pulvers, der Buchdruckerkunst und der automatisch  
(durch ein Getriebe) bewegten Uhr. Sehr wichtig  
wird diese sporadische Anwendung der Maschinerie  
im 17. Jahrhundert, weil sie den großen Mathe-  
matikern jener Zeit praktische Anhaltspunkte und  
Reizmittel zur Schöpfung der modernen Mechanik  
bot. Die besondere Maschinerie der Manufaktur-  
periode bleibt der aus vielen Teilarbeitern kom-  
binierte Gesamtarbeiter selbst.“ Und recht treffend  
wird an einer anderen Stelle gesagt: „Die große  
Industrie zerriß den Schleier, der den Menschen  
ihren eigenen gesellschaftlichen Produktionsprozeß  
versteckte. Ihr Prinzip, jeden Produktionsprozeß,  
an und für sich und zunächst ohne Rücksicht auf die  
menschliche Hand, in seine konstituierenden Elemente

aufzulösen, schuf die ganz moderne Wissenschaft der  
Technologie. Die moderne Industrie betrachtet und  
behandelt die vorhandene Form eines Produktions-  
prozesses nie als endgültig.“

Unter einer zum Teil nicht unbeträchtlichen  
Ausdehnung der „Hände“ erhöhte die Maschinerie-  
technik die Massenproduktion und schuf dadurch zeit-  
weilige Gegensätze zwischen Unternehmern und Ar-  
beitern, die zur Zerstörung der Maschinen und zu  
blutigen Konflikten führte. Wie in der modernen  
Zeit durch die Maschinerie Arbeiter als über-  
flüssig ausgeschaltet werden, darüber wurde auf der  
19. Hauptversammlung der Schiffbautechnischen Ge-  
sellschaft im Herbst vorigen Jahres berichtet. Da-  
nach hat die Hamburger Getreidebeleggesellschaft,  
veranlaßt durch „Streiks“ (?), sich einen Getreide-  
heber fertigt stellen lassen, der bei einer Stunden-  
leistung von 250 Tonnen Schwerkorn allen An-  
sprüchen bezüglich Lüftung und Entstaubung ge-  
nügt. „Die gesamte Bedienungsmannschaft beträgt  
hierbei nur 15 Mann, während bei der Entlochung  
mittels Handbetriebs 250 Mann erforderlich sein  
würden.“ Jedoch die Gegensätze bestehen hier nur  
scheinbar. Die Fabrikation von technischen Erzeug-  
nissen faßt die freigemachten Hände wieder auf.  
Maschinen werden mit Hilfe von Maschinen ge-  
schaffen, wobei bekanntlich Deutschland an der Spitze  
des Exports von Werkzeugmaschinen marschiert. Die  
Anwendung der Maschinentechnik verbilligt aber  
auch die Bedürfnisgegenstände und kürzt den Pro-  
duktionsprozeß ab, wodurch im weiteren für die or-  
ganisierte Arbeiterschaft der Weg gebnet wurde,  
mehr und mehr eine Einschränkung der Arbeitszeit  
zu erreichen.

Wie die maschinelle Technik sich mit ihren Lei-  
stungen fortlaufend den Bedürfnissen der Zeit an-  
passen muß, so hat sie auch nicht unbedeutend dazu  
beigetragen, den Menschen die Arbeit zu erleichtern.  
In der Industrie, im Bergbau, beim Bau- und  
Transportwesen, bis in die Landwirtschaft hinein,  
überall sehen wir die Erfolge der Technik und be-  
sonders der Maschinentechnik, wo ohnedem in vielen  
Fällen eine Ausführung größerer Projekte schwie-  
riger oder gar nicht denkbar wäre. Wenn schon die  
Erleichterung der Arbeit an und für sich dazu an-  
zusetzen sein muß, den Menschen dazu zu fördern, so  
ist die Technik spezieller, wie die Unfallverhütungs-  
und Gesundheitschutztechnik, auch befähigt, in den  
gewerblichen Betrieben den Schutz der Arbeiter durch  
geeignete Vorrichtungen zu erhöhen. Die Not-  
wendigkeit und weitere Entwicklung der Technik und  
der technisch-maschinellen Betriebsweise ist daher in  
den Gedankengang der modernen Arbeiterschaft  
übergegangen und jetzt unabweisbar darin ver-  
ankert. Wenn so die Dinge, vielleicht zu optimistisch  
betrachtet, sich im besseren Lichte zeigen, so ist es um  
so mehr zu beklagen, daß bei allem technischen  
Können immerhin noch Einrichtungen und Zustände  
in den Betrieben, Fabriken usw. feststehen, die als  
menschlich-feindlich und für eine fortgeschrittene Kultur  
als unwürdig bezeichnet werden müssen. Soweit  
hier nicht noch andere Erscheinungen aus der kapi-  
talistischen Wirtschaftsform als ursächlich mitwirken,  
so steht vor allem die Technik noch viel zu einseitig  
im Dienst des profitstiftenden Produktionsprozesses  
und demnach der ganze Industriebetrieb nur gering  
im Dienste einer ausbleichenden sozialen Fürsorge.

Wie aus der technischen Fachliteratur und der  
Unternehmerpresse hervor geht, soll infolge des  
Menschenverlustes durch den Krieg nach Friedens-  
schluß eine größere Arbeitsleistung von den Be-

schäftigen verlangt werden, wobei auch das sogenannte „Zahlfloßsystem“ selbst für das Baugewerbe als mitwirkend in Aussicht gestellt ist. Wenn die Arbeitsleistungen schon vor dem Kriege unter dem Druck des starken Angebots von Arbeitskräften, durch Förderung der Frauennarbeit, Heranziehung von ausländischen Arbeitern und Anwendung der Akkordarbeit, bis auf das äußerste gesteigert waren, so kann in Anbetracht unserer gesundheitlich heruntergekommene Industriebesetzung eine weitere Erhöhung der Produktivität wohl nur durch eine gründliche Verringerung des technischen Betriebsverfahrens denkbar sein. Und dabei wird man dann Wert darauf zu legen haben, die alten rückständigen und einseitigen Fabriken, Werkstätten usw. zu beseitigen und möglichst mehr zusammengefaßte oder konzentrierte Betriebe zu schaffen, die zu dem Zweck der Leistungsfähigkeit der Technik größere Möglichkeiten bieten und worin auch eine bestimmte Ausgestaltung der sogenannten Wohlfahrts-Einrichtungen (Kantinen, Speise- und Baderäume) durch gesetzliche Maßnahmen zur Geltung gebracht werden kann. Die Ingenieur- und Bautechnik wird hier auch nach den Forderungen der Hochschulen in jeder Hinsicht vor neue Aufgaben gestellt. Auch die äußere und innere Ausführung dieser Betriebsgebäude braucht nicht kalt oder ungesund zu wirken. Mit sehr einfachen Mitteln läßt sich architektonisch der alte Fabrik-Zwingsburgenstil abstreifen. In diesem Zusammenhang wird dann im Interesse einer Erhöhung der industriellen Leistungsfähigkeit möglichst überall eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf acht Stunden eintreten können, wodurch einer Ueberanstrengung der Arbeiter vorgebeugt werden muß. Denn der alte Handwerker glaube, daß die Arbeit an oder mit Hilfe der Maschine einformiger oder weniger Aufmerksamkeit oder Geschick erfordere, ist längst über Bord geworfen. Die Bedienung und Ausnützung der Maschine verlangt bei ihrem gleichmäßig rastlosen Gang vor allem auch eine verantwortliche Ueberwacht.

Die Arbeiter werden sich einer weiteren Entwicklung verbesserter Arbeitsmethoden immer anpassen müssen. Wer dabei ist auch erforderlich, daß die theoretische Bildung zur Technik schon früh in der Volksschule einleiten muß. Bei dem Mangel an natürlichen Rohstoffen wird Deutschland nach dem Kriege, wenn es seine Beziehungen zum Auslande wieder aufnehmen will, das nur durch eine Qualitätsindustrie mit einer Qualitätskravatte erreichen können. Und deshalb fordern die technischen Hochschullehrer mit uns auch für die Industriearbeiter einen „Aufstieg der Begabten“, denn „eine Qualitätsindustrie erfordert auch Qualitätsmenschen“. Dabei wird nicht nur eine Ausbildung der Handgeschicklichkeit, sondern auch eine weitergehende Kenntnis des Materials und der Bearbeitungsweise durch Fachschulen usw. in Frage kommen. Die Technik soll auch den Menschen nicht herabdrücken. Nicht ein „System der Abdrückung“, wie das „Zahlfloßsystem“, welches die rohe Kraft des Arbeiters mechanisch steigern und ausbeuten will, brauchen wir, sondern mehr Allgemeinwissen, verbunden mit einer größeren geistigen Elastizität, die dem Arbeiter ermöglicht, in kurzer Zeit zu neuen Arbeitsmethoden überzugehen und sich dem Entwicklungsstande der Technik anzupassen. G. Heinke.

### Förderung des Lehrlingswesens.

Soweit die Berufe handwerksmäßig betrieben werden, haben die Gewerkschaften es stets als ihre vornehmste Aufgabe betrachtet, sich um die Heranbildung des Nachwuchses im Gewerbe zu kümmern und alles daran zu setzen, den Lehrling zu einem tüchtigen Arbeiter und Kollegen heranzubilden. Vieles haben die Unternehmer und nicht nur Innungsmeister gegen diese Mitarbeit der Gewerkschaften angekämpft, fürchteten sie doch, der heranzubildende junge Mann würde dadurch ihrer Machtphäre entzogen. Deßungeachtet sind die Gewerkschaften dem einmal beschrittenen Weg treu geblieben. Viele haben Lehrlingsabteilungen mit Fachschulen bzw. sachlichem Unterricht gegründet, andere haben die Lehrstättenvermittlung übernommen u. dgl. Leider hat der Erfolg nicht immer den aufgewandten Mühen entsprochen.

Unserem Verbands ist es bereits im Jahre 1905 gelungen, das Lehrlingswesen in der Lederwaren- und Reiseartikelindustrie tariflich zu regeln. Hauptächlich wurde dadurch die Lehrzeit, die Entschädigung geregelt und nicht zuletzt die Arbeiten aufgezählt, in denen die Lehrlinge unbedingt eingesetzt werden müssen. Eine paritätische Kommission sollte die Lehr- und Lernmittelpunkte überwachen. Ist die dem Lehrling gewordene Ausbildung nicht so, daß er als Ausgelernter in einem anderen Betriebe den vereinbarten Minimallohn nicht verdient, so muß der Lehrmeister dem Junggelehrten für sechs weitere Monate die Differenz zahlen, die er weniger als wie den Mindestlohn verdient. Diese Bestimmungen haben zur Heran-

bildung eines berufsfreudigen Nachwuchses viel beigetragen. Nun sollte man annehmen, die Unternehmer, die doch ein Interesse an dieser Mitarbeit der Gewerkschaften haben, würden der Organisierung der Lehrlinge nichts im Wege legen, um so weniger die Zuführung zu einer Gewerkschaft, mit der sie das Lehrlingswesen tariflich geregelt haben. Wer das glaubt, befindet sich im Irrtum. Heißt es doch in den von der Vereinigung Berliner Lederwarenhersteller ihren Mitgliedern verabschiedeten Lehrverträgen ausdrücklich, daß es den Lehrlingen verboten ist, sich der gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen. Wenn sich die jungen Leute auch nicht immer an dieses Verbot hielten — wies doch unsere Berliner Lehrlingsabteilung eine stattliche Mitgliederzahl auf —, so ist doch das Organisationsverbot bezeichnend.

Im Vorjahre ist unsere Verbandsleitung mit ausführlichen Vorschlägen, das Lehrlingswesen betreffend, an den Verband Deutscher Lederwarenhersteller herangetreten. Zum Schaden der Industrie hat der Unternehmerverband diese Vorschläge unbeachtet gelassen. Dieses Verwahrlosten macht sich unter den obwaltenden Kriegsverhältnissen durch einen Mangel an Lehrlingen geltend. So wird aus Offenbach a. M. berichtet, daß im Jahre 1913 noch 175 Lehrlinge des Portefeuller- und Reiseartikelgewerbes die Gesellenprüfung ablegten, 1914 nur noch 84, 1915 noch 81 und 1916 nur 70 und im Frühjahr 1917 nur der Rückgang größer und wird 1918 noch größer sein. Es ist für Offenbachs Lederwarenindustrie jedenfalls ein großer Ausfall. Früher drängte sich jeder zu diesen Berufen und der jetzige Rückgang läßt darauf schließen, daß Portefeuller und Sattler jedenfalls sehr gesucht sein werden. Offenbachs weltbekannte Lederwarenindustrie wird nach dem Wege nicht vom Weltmarkt verschwinden, im Gegenteil: alle Faktoren müssen mitarbeiten, daß Offenbachs Lederwaren nach wie vor überall gesucht und begehrt sind. Trotz der vorjährigen Abgabe wird unser Verband das Lehrlingsproblem in Gemeinschaft mit der Unternehmerorganisation zu lösen versuchen. Aber dann heißt es schnell zugreifen und die Situation nicht zu verpassen, damit bei der zu Ostern stattfindenden Schulentlassung der Lederwarenindustrie eine genügende Zahl geeigneter junger Leute zugeführt werden kann. So wie in diesem Gewerbe sieht es überall aus. Es ist daher nicht zu verwundern, wenn verschiedene Vorschläge aufstauen, um dem bestehenden Lehrlingsmangel abzuhelfen. Dem „Vorwärts“ wird hierzu geschrieben:

„Die durch den Krieg bewirkte starke Verminderung der Zahl der Lehrlinge hat bei den Gewerbetreibenden ernste Bedenken wachgerufen. Diese Bedenken sind nicht unbegründet. Wenn auch in manchen Berufen eine recht ungenügende Lehrlingszuzugung betrieben wurde, die eine Eindämmung des Zustromes wünschenswert erscheinen läßt, so läßt doch das rapide Sinken der Zahl der Lehrlinge befürchten, daß darunter die Qualität unseres Gewerbestandes schwer leiden könnte. Bei dem Aufbau unserer Volkswirtschaft und der Wiedereroberung der verlorengegangenen Absatzmärkte wird die Qualität der Arbeit eine große Rolle spielen. Unter diesem Gesichtspunkte betrachtet, ist das Lehrlingsproblem eine Angelegenheit, die ernste Aufmerksamkeit erfordert. In manchen Gewerbebezügen, so zum Beispiel im Malergewerbe, in der Holzindustrie, im Hutmachergewerbe usw. haben sich bereits die Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter in gemeinsamen Beratungen mit diesem Gegenstand befaßt; zum Teil sind auch bereits Richtlinien für eine gemeinsame Förderung des Lehrlingswesens aufgestellt worden. In anderen Berufen, so zum Beispiel im Baugewerbe, haben die Unternehmer das Angebot der Arbeiterorganisation, das Problem gemeinsam zu erörtern, abgelehnt, weil sie das Lehrlingswesen als eine Angelegenheit betrachten, in welcher sie allein und ohne Mitwirkung der Arbeiter zu entscheiden haben. Darüber ist aber das letzte Wort noch nicht gesprochen.“

Ein wichtiger Grund für den Rückgang des Lehrlingswesens ist die Anziehungskraft, welche die Löhne in der Kriegsindustrie auf den schulentlassenen Nachwuchs und auf die Eltern ausübt. Bei der Schwierigkeit der Lebensverhältnisse ist es begreiflich, daß etwa die Kriegerfrau mit Sehnsucht des Augenblicks harret, wo der Sohn aus der Schule entlassen wird, um ihn in die Fabrik zu schicken, damit er zum Erwerb beitrage. Für die Ernägung, daß es für die Zukunft des Jungen nützlicher wäre, wenn er ein Handwerk erlernen würde, bleibt da kein Raum. Vieles muß auch davon abgesehen, den Sohn in eine Lehrstelle zu bringen, wenn der Vater zu Hause war. Der Lohn in der Rüstungsindustrie war eben ein Bodmittel, dem so leicht nicht zu widerstehen war. In neuerer Zeit scheint in dieser Hinsicht eine Besserung eingetreten zu sein; der Andrang zu den Lehrstellen steigt wieder. Im Bezirk der Berliner Handwerkskammer sind seit

März vorigen Jahres 2249 Lehrlinge angemeldet und 422 abgemeldet worden. Gegenwärtig sind etwa 10 000 Lehrlinge vorhanden, in der Friedenszeit sind es aber 41 000 gewesen.

Es sind verschiedene Mittel angewendet worden, um die Neigung, ein Lehrverhältnis einzugehen, zu fördern. Die Erhöhung der den Lehrlingen gewährten Entschädigung ist das nächstliegende, es ist aber leicht begreiflich, daß damit keine großen Erfolge zu erzielen sind. Einen eigenartigen Weg hat der Landesverband der badischen Gewerbe- und Handwerkskammer-Vereinigungen eingeschlagen. Er hat eine Lehrlingsversicherung eingeführt, die am 1. Januar 1918 in Kraft getreten ist. Dieser Einrichtung schwebt der Gedanke vor, daß die Aussicht, später selbständig zu werden, einen Anreiz zur Erlernung des Gewerbes ausüben soll. Durch die Versicherung soll dem versicherten Lehrling ein Kapital von 500, 1000, 1500 oder 2000 Mk. sichergestellt werden. Die Versicherungsdauer beträgt wenigstens 10 und höchstens 15 Jahre. Die Jahresprämie beträgt zur Erlangung eines Kapitals von 500 Mk. nach 10 Jahren 42,85 Mk., nach 15 Jahren 26,15 Mk. Um 2000 Mk. nach 10 Jahren zu erlangen, müssen 169,40 Mk. jährlich gezahlt werden; das gleiche Kapital kann nach 15 Jahren durch eine Jahresprämie von 104,50 Mk. sichern. Auf die Versicherungsbedingungen im einzelnen braucht man hier nicht näher einzugehen. Das wesentlichste dabei ist, daß der Lehrling die Verpflichtung übernimmt, die Prämien während der Lehrzeit zu zahlen; damit soll die Gegenleistung für die Arbeit des Lehrlings ganz oder teilweise abgegolten sein.

Ob die Einrichtung wirklich den erwarteten Erfolg zeitigen wird, muß abgewartet werden. Vermutlich werden viele Versicherungen verfallen, weil die Weiterzahlung der Prämien nach Beendigung der Lehrzeit früher oder später eingestellt werden wird. Aber auch, wo dieser Fall nicht eintreten wird, wird das ersparte Kapital nur in Ausnahmefällen zur Errichtung eines selbständigen Unternehmens Verwendung finden. Wenn den Gründern als Hintergedanke der Plan vorgezeichnet haben sollte, auf diesem Wege das Kleinhandwerk zu heben, dann werden sie die Erfahrung machen müssen, daß einer zum Aussterben verurteilten Produktionsform auch durch solche Mittel kein neues Leben eingehaucht werden kann.

Damit soll gegen die Versicherungs-Einrichtung an sich nichts gesagt sein. Auch der Arbeiter, der den Jugendtraum von dem Selbständigwerden ausgeträumt hat, wird gegebenenfalls ein kleines Kapital gut brauchen können. Um die Handwerkslehre zu fördern, müssen aber andere Mittel angewendet werden. Nicht durch das Trugbild einer späteren Selbständigkeit soll man die jungen Leute zu Tode verlocken. Man muß sie möglichst bald mit dem Gedanken vertraut machen, daß der Lehrling es in der Regel nicht weiter bringt, als zum tüchtigen Arbeiter in seinem Beruf. Etwas Nützliches zu lernen, um später als Arbeiter in seinem Beruf ein gutes Fortkommen zu finden, das muß die Aufgabe des Lehrlings sein. In den Berufen, in welchen dem Arbeiter günstige Arbeitsbedingungen geboten werden und vor allem dort, wo die dem Lehrling gewährte Vergütung eine entsprechende ist, ist gewöhnlich auch der stärkste Lehrlingsandrang. Bei der Förderung des Lehrlingswesens muß diesem Moment die größte Bedeutung beigemessen werden. Eine angemessene Entlohnung des Lehrlings, die Gestaltung der Arbeitsbedingungen und der Ausbau der Tarifverträge zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen ist das beste Mittel, dem Gewerbe ausreichenden Nachwuchs zu sichern, auf der anderen Seite aber auch der Ueberfüllung vorzubeugen; ein Moment, das jedoch gegenwärtig nicht aktuell ist. Daraus ergibt sich, daß sich die Gewerbe auf dem richtigen Wege befinden, die die Regelung des Lehrlingswesens in den Kreis der gemeinsam zu lösenden Aufgaben einbezogen haben. Das Lehrlingswesen ist keine Aufgabe, welche die Unternehmer allein angeht; die Gewerkschaften haben dabei ein gewichtiges Wort mitzuzusprechen und sie müssen dieser Aufgabe die nötige Aufmerksamkeit zuwenden.

Magistratsrat Böling macht in einem Aufsatz „Zur Neuordnung des gewerblichen Arbeitsvertrages“ in der Zeitschrift „Soziale Praxis“ bezüglich des Lehrlingswesens folgende beachtliche Vorschläge, die auch wir bereits im Vorjahre an dieser Stelle vertreten haben:

„Von außerordentlicher Wichtigkeit wird die Vorbildung der gewerblichen Arbeiter nach Beendigung des Krieges werden. Sie liegt schon vor dem Kriege vieles zu wünschen übrig, und zwar sowohl was die Zahl der gelernten Arbeiter wie ihre Vorbildung anbetrifft. Durch den Krieg haben sich die Verhältnisse noch verschlimmert. Gerade die wertvollsten Arbeitskräfte haben am meisten unter dem Krieg gelitten und dazu kommt, daß die jungen Leute

sich gegenwärtig der gutbezahlten Kriegsindustrie zuwenden, statt in die Lehre zu gehen.

Die Bestimmungen des Lehrvertrages sind auf das Handwerk zugeschnitten. Zweifellos weisen die Kleinbetriebe des Handwerks im Interesse der Ausbildung der Lehrlinge mancherlei Vorzüge auf, aber auch die Industrie wird für die gründliche Ausbildung von Arbeitern nach dem Kriege in erheblichem Maße herangezogen werden müssen. Neben der Ausbildung in einem Zweige des Gewerbes wird es nach dem Kriege auch darauf ankommen, zahlreiche jugendliche Personen zur Erlernung gewisser Handfertigkeiten in dem Gewerbe anzuhalten, ohne daß man im Sinne der Gewerbeordnung von einer „Lehre“ sprechen könnte. Auch diese Verhältnisse müssen gesetzlich geregelt werden. In bezug auf die Lehrverhältnisse stehen den Zünften weitgehende Befugnisse zu, aber leider liegen die Verhältnisse der Zünften oft sehr im Argen. Die Zünfte haben nicht die Entwicklung genommen, welche sie im Interesse des Handwerks haben müssen und darunter leiden auch die Verhältnisse der Lehrlinge. Die Regelung des Lehrvertrages greift also gleichzeitig in das Recht der Zünften ein und kann ohne dasselbe nicht in befriedigender Weise gelöst werden. Die Lösung des Rechts betr. die Ausbildung von Lehrlingen und die Umleitung anderer jugendlicher Personen muß so erfolgen, daß einerseits der Lehrzweck, d. h. die Vorbildung in befriedigender Weise erfolgt, andererseits aber der Lehrling dem Betriebe nicht zur Last wird durch Unlust und Unverstand, wie er namentlich auch auf Seiten der Eltern und sonstiger Vertreter des Lehrlings zu finden ist. . . .

Hinsichtlich des Inhaltes des Lehrzeugnisses entstehen dieselben Schwierigkeiten wie hinsichtlich des Arbeitszeugnisses überhaupt. Es wird nicht unangebracht sein, die gesetzlichen Bestimmungen etwas mehr zu spezialisieren, um dem Mißbrauch der Ausstellung geschwinder Zeugnisse entgegenzutreten.

Besondere Bestimmungen sind zu schaffen, um die Industrie zur Heranbildung von Lehrlingen und zur Ausbildung von Jugendlichen zu verpflichten. Lehrpläne mit einem bestimmten Lehrplan müssen den Großbetrieben angegliedert und von ihnen, nötigenfalls mit öffentlichem Zuzuschuß, unterhalten werden. Was die Dauer der Lehrzeiten anbelangt, so wird vielleicht die Bestimmung des § 130a etwas abgeändert werden müssen, um den Handwerkskammern die Möglichkeit zu geben, mit Rücksicht auf die Zeittage generelle Dispense von der vorgeschriebenen Dauer der Lehrzeit zu erteilen. Für die Industrie müssen besondere Bestimmungen in bezug auf die Prüfungsausweise gegeben werden.

### Bereitstellung von Reichsmitteln für die Entschädigung der infolge Kohlenmangels feiernden Arbeiter.

Infolge der Transportschwierigkeiten des Winters ist eine Reihe von Betrieben durch unzureichende Kohlenbelieferung vorübergehend zum Stillstand gekommen. Ob dieser Uebelstand schon binnen kurzem überwunden sein wird, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen. Die schwerwiegenden Folgen der Stilllegung zeigen sich, von der Unterbrechung der Produktion abgesehen, in den unfreiwilligen Feiertagen der Arbeiterschaft. Dabei erfordert die Kriegswirtschaft, daß die Arbeiterschaft zur Verfügung des Betriebs bleibt, um sofort die Produktion erneut aufnehmen zu können, sobald die Kohlenzufuhr wieder einsetzt.

Es entstand nun die Frage, wer bei unfreiwilligen Feiertagen die Arbeiter zu entlohnen habe. Die Rechtslage war schon im Frieden oft streitig. Erschwerend kommt jetzt hinzu; daß der Arbeitgeber durch die Beschlagnahme und Nationalisierung der Kohlen gar nicht in der Lage ist, aus eigenem Bemühen heraus dem Notstand zu steuern. Da das Reich die Verteilung der Kohlen übernommen hat und da es an einer möglichst kurzen Unterbrechung der Produktion das größte Interesse hat, ist es an der Frage stark beteiligt. Sollte man die Regelung von Fall zu Fall der Rechtsprechung überlassen, so wäre zweifellos eine Fülle von Verhandlungen und verschiedenen Entscheidungen ergangen, die zu neuen Streitigkeiten Anlaß gegeben hätten. Es mußte aber darauf ankommen, eine einfache und einheitliche Lösung zu finden. Dabei kann man dem Arbeitnehmer nicht auferlegen, den Ausfall der teilweise umfangreichen Feiertagen allein zu tragen. Ebensovienig kann man von dem Arbeitgeber verlangen, daß er die Entschädigung für alle Feiertage allein übernimmt; denn auch für größere Betriebe könnte eine solche Verpflichtung über die Kräfte gehen. Schließlich kann man aber auch nicht die ganze Last dem Reiche zuschieben. Auf Grund dieser Überlegungen trat der Chef des Kriegsamt, General Scheuch, an das Reichswirtschaftsamt heran, damit Verhandlungen mit Vertretern der

Arbeitgeber und Arbeitnehmer herbeigeführt würden. Diese Verhandlungen haben dann im Reichswirtschaftsamt unter der Leitung des Staatssekretärs Freiherr von Stein stattgefunden und auch zu einer vollen Verständigung geführt.

Das Reich beteiligt sich an der Entschädigung; deshalb ist ein Bundesratsbeschuß herbeigeführt worden, durch den Mittel bereitgestellt werden, aus welchen Zuschüsse für die Entschädigung der feiernden Arbeiter gewährt werden. Die Entschädigung wird unter folgenden Bedingungen gewährt: In Betracht kommen nur Einstellungen und Beschränkungen der Arbeit im Gebiet der Rüstungs- und Ernährungsindustrie, die in die Zeit vom 2. Januar bis 31. März 1918 fallen und unmittelbar oder mittelbar durch Kohlenmangel herbeigeführt worden sind. Die letztere Voraussetzung würde zum Beispiel auch dann erfüllt sein, wenn ein Werk die für seinen Betrieb erforderlichen Halbfabrikate infolge Kohlenmangels, der bei einem anderen Unternehmen eingetreten ist, nicht erhalten kann. In Zweifelsfällen soll das Kriegsamt entscheiden, ob eine Arbeitseinstellung auf Kohlenmangel zurückzuführen ist.

Die Entschädigung beträgt 70 Proz. des durchschnittlichen Arbeitsverdienstes. Sie wird für diejenigen Stunden gewährt, die die Arbeiter infolge der Arbeitseinstellung an der betriebsüblichen Wochenarbeitszeit (ohne Ueberarbeit) verlieren. Es wird also auch dann eine Entschädigung gezahlt, wenn die Arbeit nicht völlig eingestellt, sondern nur eingeschränkt wird. Andererseits entfällt die Entschädigung, wenn die ausgefallenen Arbeitsstunden in der gleichen Kalenderwoche durch Mehrarbeit wieder eingeholt werden.

Wunder gelohnte Arbeiter trifft natürlich eine Lohnminderung unverhältnismäßig schwerer als hochgelohnte. Dieser Tatsache tragen die Bestimmungen des Bundesrats insofern Rechnung, als sie eine Verdienstgrenze festsetzen, bis zu welcher der volle durchschnittliche Verdienst als Entschädigung gewährt wird. Zugleich ist eine obere Grenze vorgesehen, über die hinaus der Betrag der Entschädigung nicht steigen darf. Um den verschiedenartigen Lebens- und Verhältnissen in den einzelnen Teilen des Reichs gerecht zu werden, sind diese Grenzen nach dem auf Grund der Reichsverficherungsordnung festgesetzten Ortslohn bestimmt, und zwar als untere Grenze das Doppelte, als obere das Vierfache des Ortslohnes. Ungerechtfertigte Verschiedenheiten, die sich darauf für die Bemessung der Entschädigung ergeben könnten, kann das Kriegsamt ausgleichen. Selbstverständlich soll eine Entschädigung nicht gewährt werden, wenn geeignete andere Arbeit vorhanden ist. Lehnt ein Arbeiter derartige Ersatzarbeit ab, obwohl ihm eine angemessene Entlohnung (mindestens in Höhe der Entschädigung) dafür geboten wird, so darf ihm der Arbeitgeber die Entschädigung entziehen, ohne deshalb des Reichszuschusses für seine anderen Arbeiter verlustig zu gehen.

Die entstehende Belastung wird vom Reich, den Arbeitgebern und den Arbeitern gemeinsam getragen. Die Arbeitgeber übernehmen die Entschädigung für die ersten fünf vollen Arbeitstage oder die ihnen entsprechende Anzahl von Arbeitsstunden ganz auf ihre Rechnung. Den sechsten Arbeitstag oder die ihm entsprechenden Arbeitsstunden trägt der Arbeiter zu seinen Lasten, so daß also eine Entschädigung für diesen Tag nicht gezahlt wird. Dieser entschädigungslose Tag wiederholt sich aber nicht, sondern kann in jedem Betrieb nur einmal eintreten. Vom siebenten Tag an teilt sich der Arbeitgeber und das Reich in die Entschädigung nach dem Maßstabe, daß der Arbeitgeber 2/7 der Aufwendungen trägt, während ihm die übrigen 5/7 vom Reich auf Antrag zurückvergütet werden.

Mit dieser Regelung haben sich bei den Verhandlungen im Reichswirtschaftsamt sowohl die Vertreter der Arbeitgeber als die Vertreter der Arbeiter einverstanden erklärt. Beide Teile haben zugestimmt, ihren ganzen Einfluß für die Durchführung der Bestimmungen einzusetzen zu wollen. Auch das Kriegsamt wird innerhalb seiner Befugnisse in diesem Sinne tätig sein. Es darf also erwartet werden, daß die volle Arbeitseinstellung der kriegswichtigen Betriebe bewahrt bleibt, obwohl von gesetzlichen Zwangsmaßnahmen völlig abgesehen ist.

### Korrespondenzen.

Karlsruhe. (E. 1. 2.) Samstag, den 19. Januar, fand unsere jährliche Generalversammlung statt. Kollege Stoll eröffnete die Versammlung mit dem Bemerkung, daß er nach mehr als dreijähriger Abwesenheit wieder aus dem Heeresdienst entlassen ist und mit Freude seinen Posten wieder antritt, um die gemeinsame Arbeit zum Wohle der gesamten Kollegenchaft wieder aufzunehmen. Kollege Schuy gab die Abrechnung vom 4. Quartal; ihm wurde einstimmig Entlastung erteilt. Vor der Neuwahl des Gesamtvorstandes dankte Kollege Stoll den Mitgliedern der Ortsverwaltung, besonders dem Kollegen Schuy, welcher als langjähriger Kassierer die

Kasse pflichtgetreu verwaltet hat, und hofft, daß alle ihre Posten wieder annehmen werden, was auch geschah.

Die Ortsverwaltung zählte am Anfang des Jahres 20 männliche und 1 weibliches Mitglied und am Schlusse des Jahres 44 männliche und 10 weibliche. Zum Militär sind im verfloffenen Jahr zwei eingedrückt, so daß im ganzen 114 Mitglieder zum Militär eingezogen sind. Aus diesen Zahlen kann ersehen werden, daß ein Beschluß zu Anfang des Krieges, welcher verlangte, daß jedem im Felde stehenden Kollegen monatlich ein Paket im Werte von 3 Mk. zugesandt wird, ebenso den Familien der verheirateten Kollegen eine monatliche Unterstützung zu gewähren, wogu die Mittel aus freiwilligen Sammlungen aufzubringen sind, nicht mehr durchführbar war. In einer späteren Versammlung mußte beschloffen werden, die bisherigen Leistungen auf vierteljährlich zu beschränken. Im Laufe des letzten Jahres wurde durch die Einschränkung des Rauchmaterials und die überaus hohe Preissteigerung die Herbeischaffung des nötigen Quantums unmöglich, und der Vorstand mußte beantragen, auch den letztgefaßten Beschluß wieder aufzuheben, wenn die Opferwilligkeit der Kollegen nicht größer wird. Die Versammlung faßte den Beschluß, den Verband der Pakete einzustellen, aber die Unterstützung der Familien unserer verheirateten Kollegen beizubehalten. Dem Vorstand wurde überlassen, darüber zu entscheiden, wie die Unterstützung ausbezahlt werden soll. So war es möglich, vierteljährlich eine Unterstützung von 5 Mk. und zu Weihnachten eine solche von 12 Mk. den Familien zukommen zu lassen. Die gesammelten Gelder wurden im verfloffenen Jahr reiflos ausbezahlt.

Leipzig. (E. 29. 1.) Am 20. Januar tagte im Volkshaus unsere Generalversammlung. Zum 1. Punkt der Tagesordnung gab der Vorsitzende, Kollege Döhler, einen Ueberblick über das verfloffene Geschäftsjahr. Die Hoffnung, das Vorkriegsingen im abgelaufenen Jahr beendet zu sehen und im Kreise aller Kollegen unsere Tätigkeit mit vereinter Kraft zum Besten aller Berufsangehörigen fortsetzen zu können, hat sich leider nicht erfüllt.

Im Berichtsjahre fanden 25 Vorstandssitzungen, 2 Vertrauensmännerversammlungen statt und in 98 Werkstattsitzungen mußten vom Vorstand Vertreter gesandt werden. In 12 Mitglieder- und 3 öffentlichen Versammlungen wurden meistens örtliche und Berufsangelegenheiten erörtert. Ferner nahm der Vorsitzende noch an 15 Kartells-, 2 Volkshausitzungen und 5 Sitzungen auf dem Rathaus teil. In letzteren wurden die Ernährungsfragen besprochen. Da hierbei etwas Positives nicht erreicht wurde, ist eine Delegation nicht mehr entsandt worden.

Der Geschäftsgang war gut. In den Militäreffektenbetrieben wurden immer mehr weibliche Arbeitskräfte eingestellt. Die Ortsverwaltung hat nun durch Werkstattsitzungen und Hausagitation versucht, dieselben für uns zu gewinnen, was uns auch zum großen Teil gelungen ist, jedoch ist hier das Arbeitsfeld noch lange nicht erschöpft. Wie überall, so gab es auch hier Firmen, welche den Reichstarif umgehen wollten, so daß die Funktionäre des öfteren eingreifen mußten. In den Flugzeugwerken Lindenthal und Abiatz wurden durch unser Eingreifen wesentliche Lohn erhöhungen erzielt, ebenfalls bei den beiden Galanteriewarenfirmen Tilles und J. S. Richter. Die Geschirz- und Messerartilleriebranche lag fast vollständig brach. Für die Familien unserer zum Heeresdienst eingezogenen Mitglieder kamen zu Weihnachten je 15 Mk. zur Auszahlung; soweit wir die Adressen der ledigen Kollegen hatten, erhielten dieselben 5 Mk. Im verfloffenen Jahre beliefen sich die hierfür am Orte verausgabten Summen auf 3608 Mk., wovon 813 Mk. durch Sammellisten wieder aufgebracht wurden. Seit Anfang des Krieges ist hier die Summe von 10 798 Mk. für Unterstützungen der Angehörigen und Kriegsteilnehmer ausgezahlt worden. Mögen die Draufstehenden daraus ersehen, daß wir es als unsere Pflicht erachten, ihnen, soweit es uns möglich ist, zu helfen. Mit Genugtuung kann festgestellt werden, daß unser Bestreben gewürdigt wird, was aus den Feldpostbriefen und -karten zu ersehen ist. Um so beschämender ist es aber für solche Kollegen, die sich von der Zeichnung auf den Sammellisten drücken. Diesmal war eine Statistik aufgenommen und konnten die Unterschiede im Zeichnen leicht nachgewiesen werden. Es gab Kollegen mit 30 Pf., aber auch welche mit 8 und 9 Pf. Besonders dankend erwähnt seien die Kollegen und Kolleginnen der Firma Winterstein, Hilbig, Mayer u. Abitisch, Graf und Exonia, hier wurden im Durchschnitt 5-6 Pf. gezeichnet.

Einiges aus der Mitgliederbewegung: Bestand am 31. Dezember 1916: 262 männliche, 118 weibliche Mitglieder am Schlusse des Jahres 1917 299 männliche, 615 weibliche Mitglieder. Zum Heere wurden 69 eingezogen, zusammen seit Kriegsbeginn 609 Mitglieder. Durch Erheben von den Plätzen wird das Andenken der im Felde gefallenen und der hier verstorbenen Mitglieder von den Anwesenden

geehrt. Im März fand ein Lichtbildervortrag über Rumänien, Serbien und Montenegro statt und Ende August wurde ein Familienausflug nach Wöhlitz-Ehrenberg unternommen. Mit einem Appell an die Mitglieder, im neuen Jahre mehr wie bisher die Ortsverwaltung tatkräftig zu unterstützen, damit nicht immer bloß einzelne die Arbeit erledigen müssen, schloß der Vorsitzende seinen ausführlichen Bericht. Kollege Busch ergänzte noch einiges und hält es für seine Pflicht, besonders hervorzuheben, daß ohne die rastlose Tätigkeit des Kollegen Döhler der Mitgliederbestand nicht auf diese Höhe gebracht worden wäre. Hierauf spricht Kollege Döhler den Mitgliedern seinen Dank aus für das Vertrauen, welches sie ihm bewiesen haben, und gibt sämtliche Posten der Ortsverwaltung in ihre Hände zurück. Für die Hauptkasse wurden im 4. Quartal, nach dem Bericht des Kollegen Daseke, 3562,40 Mk. vereinnahmt, wovon 2170 Mk. an die Hauptkasse und 600 Mark an die Gauverwaltung eingezahlt wurden. Einschließlich des Kassenbestandes von 10 879 Mk. hatte die Lokalkasse eine Einnahme von 12 350 Mk., eine Ausgabe von 2064 Mk., so daß ein Bestand von 10 286 Mk. verblieb. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Zum 3. Punkt der Tagesordnung wird die Wahl des Gesamtvorstandes vorgenommen. Da Kollege Döhler eine Wiederwahl ablehnt und sich niemand bereit erklärt, das Amt anzunehmen, werden drei Kollegen bestimmt, welche sich in Mitgliederkreisen umsehen und in der nächsten Mitglieder-versammlung Vorschläge machen sollen. Auf Antrag der Ortsverwaltung werden in Zukunft die Unterassessoren statt mit 4 Proz., mit 6 Proz. und die Werkstattdirektoren statt mit 1 Proz. mit 2 Proz. entschädigt. Aus der Versammlung wird der Antrag gestellt, auch Kollegen Lindner eine höhere Entschädigung zu gewähren, indem jebiger jeden Abend im Bureau anwesend ist. Er soll von Neujahr außer den 25 Pf. pro Abend noch jedes Quartal 10 Mk. Extramententlohn erhalten. Kollege Zeidler gab zum 5. Punkt einen Bericht über die Einigungsverhandlungen zwischen dem alten und neuen Gewerkschaftsrat, der Generalkommission und den Zentralvorständen der ausgetretenen Gewerkschaften. Er legt am Schluß seiner Ausführungen folgende Resolution vor, welche einstimmig angenommen wurde:

„Die Generalversammlung des Verbandes der Sattler und Portefeuller beschließt den Wiedereintritt in das alte Kartell zu dem am 26. November 1917 getroffenen Vereinbarungen. Der Eintritt wird jedoch erst vollzogen, nachdem der größte Teil der jetzt außerhalb des Kartells stehenden Gewerkschaften ihren Wiedereintritt erklärt haben.“

Als Kartellbelegierte wurden die Kollegen Freigang, Zeidler und Döhler gewählt. Unter Verschwiegenem ermächtigt der Vorsitzende die Kollegen, welche vom Heere reklamiert sind, sich bei der Organisation anzumelden.

Ulm. (E. 29. 1.) Am 11. 1. fand im Verkehrslokal für unsere Zahlstelle Ulm-Neu-Ulm die fällige Generalversammlung statt. Den Mitgliedern wurde beauftragt, daß die Verhandlungen mit den Unternehmern betreffs Erneuerung des Reichstarifs noch nicht stattgefunden haben und die zu Anfang Januar stattfindende Sitzung auch wieder verschoben worden sei. Im weiteren Verlauf der Versammlung gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Aus demselben war zu ersehen, daß die Arbeit, die vom Ausschuß zu leisten war, eine ganz bedeutende zu nennen ist, besonders da alles nach Schluß der Arbeitszeit gemacht werden muß. Am Anfang des vergangenen Jahres hatten wir uns mit der Bildung der örtlichen Schlichtungskommission zu befassen und wurde dieselbe Ende März im Ulmer Rathaus zustande gebracht. Von den bis jetzt stattgefundenen Sitzungen ist zu berichten, daß dieselben befriedigend verlaufen sind. In einem Fall mußte eine hiesige Firma 2500 Mark zu wenig gezahlten Lohnes nachzahlen und ist das Geld den Kolleginnen, die dafür in Betracht kamen, zugestellt worden. Wohl sind die örtlichen Schlichtungskommissionen von großer Bedeutung, jedoch sollte nach Meinung des Redners bei Erneuerung des Reichstarifs darauf hingewirkt werden, Bezirkschlichtungskommissionen zu schaffen, weil es bis jetzt zum Teil noch schwierig ist, Betriebe, welche nicht am Orte ansässig sind, mitzuerfassen.

Mit dem 1. Juli sind auch die Sammel Listen für unsere Kriegesfamilien in Fortfall gekommen und die Beiträge der männlichen Mitglieder von 60 auf 70 Pf. erhöht worden. Auch die Abstimmung Anfang Dezember über die vom Hauptvorstand vorge-schlagene Beitragserhöhung hat bewiesen, daß die Mitglieder die Zeichen der Zeit verstanden haben. Die Zahlen über die Mitgliederbewegung sind ganz erfreuliche zu nennen. Betrag die Zahl der Weiblichen am Anfang d. J. nur 16, so waren am Schluß des Jahres 99. Desgleichen ist die Zahl der Männlichen von 132 auf 180 gestiegen. Versammlungen und Sitzungen haben zirka 40 stattgefunden.

Von der stattgefundenen Silvesterfeier war zu berichten, daß dieselbe einen sehr schönen Verlauf genommen hat. Zum Schluß seiner Ausführungen spricht der Redner allen Kollegen, welche an der geleisteten Arbeit mitbeteiligt sind, den Dank aus und ermahnt die Anwesenden, treu zusammenzuhalten, denn nur geschlossen dürfen wir auf Erfolg rechnen.

Die Abrechnung vom letzten Quartal gibt Kollege Fricker. An Mitgliedern schließt daselbe mit 279 ab. Auf Antrag der Revisoren erfolgt Entlastung des Kassierers. Die Neuwahl des Ausschusses und der sonstigen Funktionäre ging mit einer Ausnahme glatt von statten. Den Zeitungsverband ins Feld behält Kollege Kurz. Leider war es in der letzten Zeit nicht immer möglich, die Arbeit zu erledigen, da die Zeitungen sehr unregelmäßig von Berlin eintrafen und auch die Exemplare nicht ausreichten. Auf unsere Sammel Listen zu Weihnachtsgaben für die Familien der Ausmarschiereten sind annähernd 500 Mk. eingegangen, die gleiche Summe wurde von der Firma Römer, Neu-Ulm gestiftet. Die Versammlung war von 92 Mitgliedern besucht.

## Rundschau.

**Kriegsabbau.** Nachdem die Friedensverhandlungen in Brest-Litovsk zu keinem greifbaren Resultat führten, entschlossen sich die Vertreter der Ukraine, mit den Vertretern der Mittelmächte Sonderverhandlungen zu pflegen, die dann auch den Friedensvertrag vom 9. Februar zeitigten. Damit ist zum erstenmal nach mehr als 42monatiger Kriegsführung, wenn auch nur an einer Stelle, der so sehnsüchtig erwartete Friede Wirklichkeit geworden. Seine besondere Bedeutung liegt darin, daß von jeder Annexion und Kriegsschädigung abgesehen wurde und Wert darauf gelegt wird, freundschaftliche und wirtschaftliche Beziehungen so schnell wie möglich anzuknüpfen. Wir sind überzeugt, daß diese Formel auch auf die übrigen feindlichen Mächte seine Wirkung nicht verfehlen wird. Die im Laufe des Sonntags viel erörterte Frage: Was wird Trotski dazu sagen? fand schon in den Vormittagsstunden des 11. Februar ihre Beantwortung, indem durch Extrablätter die Mitteilung verbreitet wurde, in der Sitzung am 10. Februar habe der Vorsitzende der russischen Delegation mitgeteilt, daß Rußland unter Verzicht auf die Unterzeichnung eines formellen Friedensvertrages den Kriegszustand mit Deutschland, Oesterreich-Ungarn, der Türkei und Bulgarien für beendet erklärt und gleichzeitig Befehl zur völligen Demobilisierung der russischen Streitkräfte an allen Fronten erteilt. Rumänien wird nun auch nicht anders können, so daß in absehbarer Zeit an der ganzen Ostgrenze Frieden herrscht. Hoffentlich sehen die Westmächte ein, auf ähnlicher Basis den Krieg beenden zu können, und zwar noch ehe durch eine große Offensive tausende blühender Menschenleben vernichtet und noch mehr Kulturwerte zerstört werden.

**Emil Döblin und Wilhelm Dreier †.** Zwei treue Kämpfer für die gerechte Arbeiterfrage im Allgemeinen und für die Buchdrucker im besonderen sind kurz aufeinander gestorben. Am 31. Januar wurde der Vorsitzende des Deutschen Buchdruckerverbandes, Emil Döblin, nach fast 30jähriger Tätigkeit im Alter von 65 Jahren durch den Tod abberufen. Sein Wirken und Schaffen konzentrierte sich auf rein gewerkschaftliche Tätigkeit, die, soweit er sie für den Buchdruckerverband ausübte, später in vielen Fragen richtunggebend für die deutsche Gewerkschaftsbewegung überhaupt wurde. Er war der eifrigste Verfechter des Tarifvertragsgedankens. Vom geraden Weg der praktischen Gewerkschaftspolitik brachte ihn nichts ab, am wenigsten mancherlei empfindliche Angriffe, die namentlich in früheren Jahren gegen ihn und seine Organisation erhoben wurden. Und eine straffe, für die Gewerkschaft aber notwendige und sehr nützliche Disziplin wurde von ihm befürwortet und speziell im Buchdruckerverbande durchgesetzt, die nicht zuletzt den Erfolg hatte, daß der Verband fast den letzten Verursachern organisatorischer Erfolge und unter sein starkes Schutzbach führte. Festgesetzt, unerschütterlich auch in dieser schweren Kriegszeit, finanziell stark, in den organisatorischen Einrichtungen mustergetreu, so stellt sich das Lebenswerk heute dar, dem der Verstorbenen seit 1888 als Vorsitzender, vorher schon als Berliner Gauvorsitzender, in steter Arbeitsfreudigkeit treu gedient hat. Aber auch an der Hauptleitung der Gewerkschaftsbewegung war Döblin als eifriges Mitglied tätig. Seit dem Januar 1903 gehörte er der Generalkommission der Gewerkschaften als Mitglied an, nachdem ihn der Gewerkschaftskongress in Stuttgart 1902 dazu gewählt hatte.

Ein Tag zuvor, am 30. Januar, ist der Gau-leiter des Hamburger Bezirks des Deutschen Buchdruckerverbandes, Wilhelm Dreier, im 55. Lebensjahre einem Herzschlage erlegen. Von ihm kann bezüglich seines gewerkschaftlichen Wir-

rens das gleiche gesagt werden, als wie von seinem Freunde Döblin. Weit über die Gewerkschaftskreise hinaus wird tiefe Trauer über den Tod der treuen, allgemein beliebten und geachteten Gewerkschaftskämpfer sein. Ihr Andenken wird stets in Ehren gehalten.

## Sterbetafel.

Als Opfer des Weltkrieges fielen unsere Mitglieder aus Offenbach a. M.:

Anton Dworak, 45 Jahre alt.  
Dito Schuhmann, 19 Jahre alt.  
Johann Didert, 18 Jahre alt.  
Rudolph Kräwinkel, 21 Jahre alt.  
Wilhelm Hohenberger, 24 Jahre alt.  
Valentin Held, 20 Jahre alt.  
Eugen Wolf, Stuttgart, 34 Jahre alt.

Stuttgart. Im Alter von 21 Jahren verstarb an Lungenleiden unser Mitglied Rosa Wollé.

Ehre ihrem Andenken!

Für dringenden Kriegsbedarf werden  
**1 Million eiserne Flachkopfnieten**  
3 × 15 mm  
oder ähnlich benötigt.

Industrie, G. m. b. H.,  
Nadevornwald.

## Portemonnaies

Herrentasche in gutem starkem Leder per Dtz. 78 Mk.  
Probenduzend gegen Nachnahme.

Ph. Meyer jr., Magdeburg.

Wir suchen

**Sattler und Sattlerinnen.**

C. Leschen & Co.,

Fabrik für Militär- Lederausrüstung,  
Cöln-Rippes, Geldernstr. 46.

**Geübte Kofermacher** auf Holz-  
und Rohrtascher  
verlangen

**Stöhr & Co.,**

Berlin, Elisabethufer 53.

**Geübte Täschner auf Reisetaschen**  
verlangen

**Stöhr & Co.,**

Berlin, Elisabethufer 53.

**Vorrichter auf Rohrplattenkoffer**  
verlangen

**Stöhr & Co.,**

Berlin, Elisabethufer 53.

## Sattler

auf Militärarbeit (Kornister, Patronentaschen  
und dergl.) für dauernde Beschäftigung gesucht.

Richard Hänel, Militäreffektenfabrik,  
Dresden, Pillniger Str. 5.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität  
**Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.**  
Gegründet 1880.  
Preislisten S. P. gratis und franko.

## Bett-Federn

Zarte Füllfedern p. Pfd. Mk. 3.—, Halbdaunen Mk. 3,75,  
do. zart und weich Mk. 4,50.

## Gänse-Federn

Feine weiße Halbdaunen Mk. 8,50, hochfeine sibirische Mk. 9,50 b. Mk. 16.—, Schleißfedern Mk. 7,50, weich und daunenreich Mk. 8,75, graue Daunen, schwelend, Mk. 9.—, weiße Daunenflaum Mk. 14.— b. Mk. 23.—, 3—4 Pfd. f. eine Decke. Must. u. Katal. frei. Nichtgefallend, Geld zurück. 60000 Kunden, 20000 Dankschreib. Bettfederngroßhandlung

Th. Kranefuß, Kassel 175,

Aeltestes und größtes Versandhaus daseibst.